

## **bvvp Pressemitteilung**

06.12.2021

### **Wichtige Themen für die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen benannt – bvvp positioniert sich zum Koalitionsvertrag und gratuliert neuem Gesundheitsminister**

*Im Koalitionsvertrag der sogenannten Ampel-Parteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) finden sich bemerkenswerte und erfreuliche Zielsetzungen, die die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen verbessern sollen. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp) beglückwünscht den designierten Gesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach, der die darin formulierten Ziele in Angriff nehmen wird, zu seinem neuen Amt. Benedikt Waldherr, Vorstandsvorsitzender des Verbands, betont: „Wir stehen bereit zur konstruktiven Zusammenarbeit und zum offenen Dialog mit diesem erfahrenen und versierten Gesundheitspolitiker. Es kann zunächst als uneingeschränkt positiv bewertet werden, dass die neue Bundesregierung die Versorgung dieser Patientengruppe als wichtig erachtet. Die Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung ist als erstes Ziel genannt und stellt damit die wichtige Ausgangsbedingung der weiteren Überlegungen dar.“*

Konzentriert, nach außen unaufgeregt und geräuschlos wurde er verhandelt – der Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien. Nun liegt das 177 Seiten starke Werk unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ vor: <https://www.tagesschau.de/koalitionsvertrag-147.pdf>. Acht Seiten davon betreffen die Themen Pflege und Gesundheit. Das ist nach Auffassung des Verbands nicht viel angesichts der zentralen Bedeutung dieses Themas für den sozialen Frieden in unserem Land und angesichts der vielen, dort bestehenden Probleme, die sich gerade in der Pandemie deutlich zeigen.

In Bezug auf die allgemeine Versorgungssicherheit und -planung findet sich die Ankündigung, man wolle „eine wohnortnahe, bedarfsgerechte, ambulante und kurzstationäre Versorgung“ sicherstellen. Dies wollen die Koalitionäre durch „den Ausbau multiprofessioneller, integrierter Gesundheits- und Notfallzentren“ erreichen. Ein ambitioniertes Vorhaben, wie der bvvp meint.

„Wir freuen uns, dass das Problem der Wartezeiten in ländlichen und strukturschwachen Gebieten und der erhöhte Bedarf bei Kindern und Jugendlichen erkannt wurde“, so der Vor-

#### **VORSTAND**

##### **VORSITZENDER**

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr  
Psychologischer Psychotherapeut

##### **STELLV. VORSITZENDE**

Dr. med. Bettina van Ackern  
Fachärztin für Allgemeinmedizin,  
Ärztliche Psychotherapeutin

##### **STELLV. VORSITZENDE**

Ariadne Sartorius, Kinder- und  
Jugendlichenpsychotherapeutin

Dr. med. Michael Brandt

Tilo Silwedel

Mathias Heinicke

Dr. med. Gerhild Rausch-Riedel

Ulrike Böker

Rainer Cebulla

Martin Klett

Dr. med. Reinhard Martens

Dr. med. Lisa Störmann-Gaede

#### **KONTAKT**

bvvp Bundesgeschäftsstelle  
Württembergische Straße 31  
10707 Berlin

Telefon 030 88725954

Telefax 030 88725953

[bvvp@bvvp.de](mailto:bvvp@bvvp.de)

[www.bvvp.de](http://www.bvvp.de)

#### **BANKVERBINDUNG**

Berliner Volksbank eG

IBAN:

DE69100900002525400002

BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID

DE77ZZZ00000671763

standsvorsitzende Benedikt Waldherr. Zu begrüßen sei auch, dass nun eine erneute Überarbeitung der Bedarfsplanung angegangen werden solle. „Es braucht dann aber auch dringend eine Gesetzesänderung, die festlegt, dass bei neuen Sitzen auch neues Geld ins System kommt“, mahnt Waldherr.

Äußerst erfreulich sei auch, dass der Gesetzgeber offenbar erkannt habe, dass Patient\*innen der Zugang zur neuen Komplexversorgung erschwert werde, da die hierzu neu geschaffene Richtlinie in ihrer jetzigen Form zu viele Hürden schaffe. „Die wichtigste Nachbesserung muss jetzt darin bestehen, dass auch Ärzt\*innen und Psychotherapeut\*innen mit anteiligen Versorgungsaufträgen künftig als Bezugstherapeut\*innen fungieren und damit den Behandlungsplan erstellen und umsetzen können“, so bvvp Vorstandsmitglied Ulrike Böker. Des Weiteren müsse die Vorgabe gestrichen werden, dass Patient\*innen nach der Eingangssprechstunde zwingend innerhalb von sieben Tagen eine differentialdiagnostische Abklärung bei P-Fachärzt\*innen absolvieren müssten. Diese Regelung sei weder fachgerecht noch personell umsetzbar und schon gar nicht im Sinne der Patient\*innen, die gegebenenfalls zusätzlich und unnötig belastet würden. Damit die Richtlinie flächendeckend umgesetzt werden könne, müsse zudem der Passus abgeändert werden, demzufolge die Koordination zwingend an Fachpersonal delegiert werden muss.

Wie der geplante Ausbau der Kapazitäten, der „bedarfsgerecht, passgenau und stärker koordiniert“ sein soll, tatsächlich aussehen soll, das lässt, nach Meinung des bvvp, viel Raum für Spekulationen. Was genau sich die Ampel vorstellt und was davon aus fachlicher Sicht sinnvoll ist, das müsse in den kommenden Gesprächen mit den Politiker\*innen geklärt werden. Angesichts des, nach Auffassung des Verbands, desaströsen Beschlusses des G-BA zur Personalausstattung in Psychiatrie und Psychosomatik (PPP-Richtlinie), der den Patient\*innen nicht einmal 50 Minuten Psychotherapie pro Woche zugestehe, sei es nur sachgerecht, dass hier nachgebessert werden solle, so Ulrike Böker. Auch die Psychiatrische Krisen- und Notfallversorgung soll, so der Koalitionsvertrag, flächendeckend ausgebaut werden.

Mit dem Slogan „Prävention vor Reha vor Rente“ wird auch der betrieblichen Prävention eine wichtige Bedeutung zugeschrieben. Hier dürften bei der Ausgestaltung der Maßnahmen die Psychotherapeut\*innen natürlich nicht fehlen, mahnt der Verband an.

Positiv zu bewerten sei auch, dass die Ampel für Kinder und Jugendliche, die in einer privaten Krankenkasse versichert seien, eine Direktabrechnung zulassen wolle. Das werde vor allem Jugendlichen den Zugang zur Therapie erleichtern.

Das Thema Klimaschutz umfasst ein eigenes Kapitel mit insgesamt 40 Seiten. Klimaschutz bedeute Gesundheitsschutz, insofern begrüßt es der bvvp sehr, dass dem Thema diese Bedeutung zugemessen werde.

Dem wichtigen Thema Digitalisierung wird im Koalitionsvertrag ein eigenes Kapitel gewidmet. Videosprechstunden und Telemonitoring sollen demnach an Bedeutung gewinnen, die Einführung von ePA und eRezept beschleunigt werden. Aus der gematik soll eine „digitale

Gesundheitsagentur“ werden, ein „Gesundheitsdatennutzungsgesetz“ soll auf den Weg gebracht werden. „Besonders kritisch zu bewerten ist der indirekte ePA-Zwang durch das ange-dachte *opt-out-Verfahren*, was bedeutet, dass Patient\*innen aktiv der ePA widersprechen müssen, um davon ‚verschont‘ zu bleiben. Hier wurde im Wahlkampf anderes versprochen!“, so bvvp-Digitalisierungsexperte Mathias Heinicke.

Vergebens sucht der bvvp hingegen nach dem klaren Auftrag, die Finanzierung der zukünftigen Weiterbildung der Psychotherapeut\*innen sicherzustellen. Alle Verbände hatten sich intensiv dafür eingesetzt. „Das ist eine große Enttäuschung und bedeutet hoffentlich nicht, dass das Thema gar nicht mehr angepackt wird“, so der bvvp-Vorsitzende Waldherr.

Auch vermisst der Verband den Vorsatz, die Reform der GOÄ/GOP nun endlich umzusetzen. Seit Jahren werde verhandelt, der neue Leistungskatalog stehe. Nachdem die Diskussion um die Einführung einer Bürgerversicherung vom Tisch sei, gebe es keinen nachvollziehbaren Grund mehr, die Vereinbarungen nicht endlich auch zur Anwendung zu bringen.

Und schließlich suche man auch vergebens nach einem Satz zur Qualitätssicherung in der ambulanten Versorgung, der festschreibe, dass hierbei sparsame Instrumente eingesetzt werden müssten, die tatsächlich der Verbesserung der Qualität dienen.

Der Koalitionsvertrag stellt nun zunächst eine Wunsch- und Absichtsliste dar, deren Umsetzung noch viel Zeit und Einsatz benötigen wird. In jedem Fall wünscht sich der zweitgrößte Psychotherapeut\*innenverband Deutschlands, dass die Expertise der Psychotherapeut\*in-nenschaft einbezogen wird, wenn es um Themen der psychischen Gesundheit geht. Der bvvp-Vorsitzende Benedikt Waldherr betont: „Der bvvp steht mit seiner Fachkenntnis gerne jederzeit zur Verfügung!“ Er werde sich weiterhin in bekannter Weise für die (fach-)ärztlichen und psychologischen Psychotherapeut\*innen und die Kinder- und Jugendlichenpsycho-therapeut\*innen sowie alle Psychotherapeut\*innen in Aus- und Weiterbildung einsetzen – und natürlich auch für die bestmögliche Versorgung unserer Patientinnen und Patienten, so Waldherr: „Auf gute Zusammenarbeit, Herr Professor Lauterbach!“

#### **Für den bvvp**

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr, Vorsitzender des bvvp

Dipl.-Psych. Ulrike Böker

Mag.rer.nat. Mathias Heinicke

Mitglieder des Vorstands

#### **Anfragen und Interviewwünsche bitte an:**

Frau Anja Manz – Leiterin Kommunikation

Württembergische Straße 31, 10707 Berlin

Tel. +49 30 88 72 59 54 / Mobil +49 177 65 75 445 / [presse@bvvp.de](mailto:presse@bvvp.de)